

Vertraulichkeitsvereinbarung

zwischen dem

Landtag von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

– Auftraggeber –

und

<Frau/Herr/Firma>

<>

<Adresszeile 1>

<PLZ> <Ort>

– Auftragnehmer –

1 Geheimhaltung

- 1.1 Auftraggeber und Auftragnehmer verpflichten sich gegenseitig, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des jeweils anderen vertraulich zu behandeln und diese ohne vorherige schriftliche Zustimmung des jeweils anderen weder einem Dritten bekannt zu geben noch zu anderen Zwecken als zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag zu verwenden. Hiervon unberührt bleibt das Recht des Auftraggebers zum Erfahrungsaustausch innerhalb der öffentlichen Hand.
- 1.2 Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse im Sinne dieser Vereinbarung sind alle Daten, Informationen und Unterlagen, die dem Auftraggeber bzw. dem Auftragnehmer im Rahmen der Tätigkeit des Auftragnehmers für den Auftraggeber direkt oder indirekt, in mündlicher, schriftlicher oder sonstiger Form zur Kenntnis gelangen bzw. die sie erhalten.
- 1.3 Der Auftragnehmer erkennt an, dass sämtliche ihm offengelegten bzw. zur Kenntnis gelangten Daten, Informationen und Unterlagen in der ausschließlichen Verfügungsbefugnis bzw. im Eigentum des Auftraggebers verbleiben.
- 1.4 Nach Abschluss der Leistungserbringung durch den Auftragnehmer hat dieser die in seinen Besitz gelangten Unterlagen und erstellten Arbeitsergebnisse, die im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis stehen, bis auf eine Kopie, die einzig und allein

für Dokumentations-, Revisions- und Gewährleistungszwecke verwendet wird, zu löschen bzw. zu vernichten.

1.5 Die Verpflichtung zur Geheimhaltung entfällt, wenn:

- diese Daten, Informationen und Unterlagen Auftraggeber und Auftragnehmer bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden,
- die Daten, Informationen und Unterlagen zum Zeitpunkt der Weitergabe allgemein zugänglich oder öffentlich bekannt waren oder es später werden,
- der Auftraggeber bzw. der Auftragnehmer erklärt hat, dass seine jeweiligen Daten, Informationen und Unterlagen nicht mehr den Beschränkungen dieser Vereinbarung unterliegen, oder
- der Auftragnehmer oder der Auftraggeber aufgrund von gerichtlichen oder behördlichen Verfügungen gegenüber Behörden oder Dritten verpflichtet ist die Daten, Informationen und Unterlagen mitzuteilen. In einem solchen Fall hat der Auftragnehmer oder der Auftraggeber nach Kenntniserlangung einer solchen Herausgabepflicht dem Auftraggeber oder dem Auftragnehmer dies unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Im Übrigen soll der Auftragnehmer oder der Auftraggeber vor der Herausgabe auf die Vertraulichkeit in geeigneter Form hinweisen.

1.6 Auftraggeber und Auftragnehmer werden die vertraulich zu behandelnden Daten, Informationen und Unterlagen mit der gleichen Sorgfalt schützen, mit der sie eigene Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse schützen, mindestens aber mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns.

2 Datenschutz

2.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bezüglich aller personenbezogenen Daten, von denen er im Rahmen seiner Tätigkeit für den Auftraggeber Kenntnis erlangt, stets das Datengeheimnis zu wahren. Aufgrund des Datengeheimnisses ist es dem Auftragnehmer untersagt, diese Daten unbefugt zu einem anderen als dem zur jeweiligen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten, Dritten ohne vorherige Zustimmung des Auftraggebers bekannt zu geben oder zugänglich zu machen.

2.2 Falls es sich bei der Leistungserbringung durch den Auftragnehmer um eine Datenverarbeitung im Auftrag gemäß Artikel 28 der EU Datenschutzgrundverordnung (EU DS-GVO) handelt, verpflichten sich Auftraggeber und Auftragnehmer zum Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung.

3 Verpflichtung von Mitarbeitenden

- 3.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für den Auftrag nur Mitarbeitende und/oder Erfüllungsgehilfen einzusetzen, die auf die unter Ziff. 1 genannten Geheimhaltungsverpflichtungen sowie auf die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen (Mindestinhalt gemäß Kurzpapier Nr. 19 der Datenschutzkonferenz (Anlage 1), optional unter Verwendung des Musterbeispiels (Anlage 2)) schriftlich verpflichtet sind. Auf Verlangen sind dem Auftraggeber die schriftlichen Verpflichtungen der Mitarbeitenden und/oder Erfüllungsgehilfen durch den Auftragnehmer nachzuweisen.
- 3.2 Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftragnehmer bzw. dessen Mitarbeitenden sowie etwaige Unterauftragnehmer vor der Aufnahme ihrer Tätigkeit nach dem Gesetz über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten zu verpflichten.
- 3.3 Haben Mitarbeitende und/oder Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers im Rahmen der Leistungserbringung Zugang zu den Räumlichkeiten des Auftraggebers und/oder stellt der Auftraggeber dem Auftragnehmer, Mitarbeitenden und/oder Erfüllungsgehilfen zur Leistungserbringung einen IuK-Arbeitsplatz zur Verfügung, so sind diese den internen Sicherheits- und Nutzungsrichtlinien des Auftraggebers unterworfen. Insbesondere darf die durch den Auftraggeber zur Verfügung gestellte Hardware, Software und Informationen sowie sein Kommunikationsnetz ausschließlich zur Auftragserfüllung und nur im Rahmen der zugewiesenen Rechte genutzt werden. Es gilt ferner insbesondere ein Verbot der privaten Nutzung der Internet- und E-Mail-Dienste.

4 Haftung

Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber von allen Ansprüchen, die in Folge eines Verstoßes durch den Auftragnehmer oder seiner Erfüllungsgehilfen gegen eine Verpflichtung dieser Vereinbarung von Dritten gegen den Auftraggeber geltend gemacht werden, freistellen.

5 Schlussbestimmungen

- 5.1 Diese Vereinbarung tritt durch beiderseitige Unterzeichnung in Kraft.
- 5.2 Diese Vereinbarung gilt auch für Folgebeauftragungen des Auftragnehmers durch den Auftraggeber.
- 5.3 Die Verpflichtung zur Geheimhaltung und zum Datenschutz besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort.

- 5.4 Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden oder eine an sich notwendige Regelung darin nicht enthalten sein, so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieser Vereinbarung nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung oder zur Ausfüllung der Regelungslücke gilt eine rechtlich zulässige Regelung, die so weit wie möglich dem entspricht, was die Vertragspartner vereinbart hätten, hätten sie die Unwirksamkeit oder die Regelungslücke erkannt.
- 5.5 Sämtliche Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform; dies gilt auch für den Verzicht auf die Schriftform selbst.
- 5.6 Diese Vereinbarung unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus dieser Vereinbarung ist Stuttgart, sofern der Auftragnehmer Vollkaufmann ist und kein ausschließlicher Gerichtsstand besteht.

Auftraggeber	Auftragnehmer
Ort: Stuttgart	Ort:
Datum:	Datum:
Namen:	Namen:
Stempel/Unterschrift:	Stempel/Unterschrift:

Basierend auf der Vorlage vom 12.11.2019

Anlage

1. Kurzpapier Nr. 19; *Unterrichtung und Verpflichtung von Beschäftigten auf Beachtung der datenschutzrechtlichen Anforderungen nach der DS-GVO*
2. Musterbeispiel für eine schriftliche Verpflichtung: *Verpflichtung zur Vertraulichkeit und zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zur optionalen Verwendung*